

**Bericht und Antrag des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau zum 17. Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau über deren Tätigkeit vom 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2009 (Mitteilung des Senats vom 11. Januar 2011, Drs. 17/1608)****I. Bericht**

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer Sitzung am 27. Januar 2011 den Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau über deren Tätigkeit vom 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2009 zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau überwiesen. Der Ausschuss hat den überwiesenen Bericht in seiner Sitzung am 22. Februar 2011 beraten.

Auch in diesem Berichtszeitraum waren Schwerpunkte der Tätigkeiten der Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau, ZGF, die Bereiche Arbeit/Wirtschaft, Gender Mainstreaming, Frauenförderung im öffentlichen Dienst, Frauen und Hochschule, digitale Medien, Familienpolitik/Familienrecht, Mädchen im Erziehungs- und Bildungswesen, Gesundheit, Sozial- und Alterssicherung, Gewalt gegen Frauen, Stadtentwicklung, Sport und Tourismus.

Die ZGF hat in den dargestellten Arbeitsbereichen gemäß ihrem gesetzlichen Auftrag zur Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau beigetragen und auch ihre Funktion als Anlauf- und Beratungsstelle für Frauen ausgeübt, dabei arbeitete sie laut Errichtungsgesetz als Landesbehörde und nahm zugleich Aufgaben für die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales wahr. Dies erfolgte durch Ausweisung der Abteilungsleiterin in Personalunion als Referentin im Stab der Senatorin. Dadurch ist die Unabhängigkeit der Landesbeauftragten weiterhin gewahrt.

Die ZGF verfügte im Berichtszeitraum über insgesamt 15 Mitarbeiterinnen, und zwar sechs Vollzeitkräfte und neun Teilzeitkräfte auf insgesamt 10,6 Stellen.

Im Bereich Arbeit/Wirtschaft verfolgt der Ausschuss das Thema Armut von Frauen, die Analyse der Ursachen sowie Handlungsansätze für Gegenstrategien besonders sorgfältig. Es gibt zwar eine zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen, jedoch vollzieht sich der Zuwachs hauptsächlich im Teilzeitbereich und bei den Minijobs. Auch bei der Entgeltlücke, Gender Pay Gap, ist das Ergebnis unbefriedigend, denn Frauen verdienen durchschnittlich pro Stunde 26 % weniger als Männer. Damit liegt Bremen im Ländervergleich aufgrund der bestehenden Wirtschaftsstruktur auffällig weit hinten.

Im Ausschuss wird auf die zu diesem Thema geführte Bürgerschaftsdebatte verwiesen und erklärt, dass die Lohndifferenzen auf den relativ hohen Anteil gut-bezahlter Industriearbeitsplätze zurückzuführen ist, wodurch der Lohnabstand zu den Dienstleistungsberufen, in denen vorwiegend Frauen tätig sind, sich vergrößert.

Die Situation erwerbsloser Frauen lässt eine hohe Zahl von Nichtleistungsbezieherinnen beziehungsweise von als nicht arbeitslos geführten Frauen erkennen. Diese hilfebedürftigen Frauen besitzen durch diesen Status einen wesentlich schlechteren Zugang zu Arbeitsförderungsmaßnahmen.

Die von der Politik aufgelegten Arbeitsförderungsmaßnahmen speziell für Frauen finden in der ZGF-Berichterstattung aber keine entsprechende Berücksichtigung, so die Ausschussmitglieder.

In Bremen leben im Bundesvergleich auch überdurchschnittlich viele Einelternfamilien, zu 80 % alleinerziehende Mütter. Mehr als jede zweite von ihnen lebt von Hartz IV oder ist gezwungen, ihren geringen Verdienst mit dieser Leistung aufzustocken. Das hohe Niveau der Kinderarmut im Land Bremen verweist somit auf die prekären Lebenssituationen ihrer Mütter. Die ZGF hat mit ihrer Expertise neben dem bundesweiten Forum der Fachtagung „Programmierte Frauenarmut? Armutrisiken im Lebensverlauf, Problemanalysen und Lösungsstrategien“ an der Entwicklung der Arbeitsmarktprogramme Bremens und in der Debatte der Umstrukturierung der Erzieherinnenausbildung Impulse gesetzt.

Zum Thema Frauenförderung im öffentlichen Dienst/Umsetzung des LGG kritisiert der Ausschuss, dass die gesetzliche Pflicht, Frauenbeauftragte in allen Angelegenheiten zu beteiligen, nur gelegentlich oder gar nicht eingehalten wurde. Demgegenüber befürwortet der Ausschuss die Ausweitung des Geltungsbereiches des Landesgleichstellungsgesetzes, LGG, auf die bremischen Gesellschaften im Jahre 2008 außerordentlich.

Der Ausschuss ist der Auffassung, dass die von der ZGF begleitete Novellierung des Bremischen Hochschulgesetzes die Rechte von Frauen stärkt.

Zum Aspekt der digitalen Medien nimmt der Ausschuss erfreut zur Kenntnis, dass die ZGF für das Internetportal [frauenseiten.bremen.de](http://frauenseiten.bremen.de) beim Wettbewerb „Wege ins Netz“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie den ersten Platz in der Kategorie „Frauen“ belegt hat. Daneben sieht der Ausschuss es als positiv an, dass die ZGF in Kooperation mit der Stiftung Digitale Chancen im Rahmen der Initiative „Internet erfahren“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie ein Pilotprojekt mit niedrig qualifizierten Frauen in Unternehmen gestartet hat.

Im Komplex Mädchen im Erziehungs- und Bildungswesen hat die ZGF ihr Engagement in der Mädchenarbeit und im Bemühen, die Geschlechterverhältnisse in der Jugendhilfe und Jugendarbeit zu egalisieren und Benachteiligungen abzubauen, in den bestehenden Gremien und Kooperationen weitergeführt. Auch in Bremerhaven konnte der runde Tisch Mädchenarbeit seine erfolgreiche Vernetzungs- und Informationsarbeit fortsetzen. Der Ausschuss sieht nach wie vor den Girls' Day und für Bremerhaven das Schnupperstudium für Mädchen an der Hochschule im Sinne einer Hilfestellung für die Berufsorientierung von Mädchen als Erfolg an. Hier gab es auch Kritik, dass Jungen benachteiligt seien. Aus Sicht des Ausschusses muss es daher auch für Jungen an diesem Tag attraktive Angebote geben. Diese bestehen und sollten in Teilen besser genutzt werden. Gleichwohl weist der Ausschuss darauf hin, dass es notwendig ist, eine spezifische Förderung von Mädchen in die noch männlich dominierten MINT-Berufe voranzutreiben.

Einen breiten Raum nimmt aus Sicht des Ausschusses das Thema Gesundheit von Frauen ein. Im Berichtszeitraum konnte die ZGF ein 15-jähriges Bestehen des interdisziplinären Forums Frauengesundheit feiern, das als Expertinnen-Gremium durch Stellungnahmen, Fortbildungen und Tagungen den Aspekten der Frauengesundheit eine deutliche Stimme verleiht. Von Bedeutung kann auch die auf Initiative der ZGF herausgegebene gemeinsame Erklärung von Fachinstitutionen angesehen werden, die als Informationsgrundlage einer Entscheidung für oder gegen die HPV-Impfung dient. Die gynäkologische Versorgung mobilitätsbehinderter Frauen im Land Bremen sieht der Ausschuss als ungenügend an. Die ZGF konnte auf Anregung des Gleichstellungsausschusses einen Arbeitskreis von Ärzten-, Behindertenverbänden und Krankenkassen initiieren, der daran arbeitet, eine barrierefreie gynäkologische Ambulanz in einem Bremer Klinikum einzurichten. Für wichtig hält der Ausschuss auch die gesundheitliche Versorgung von Migrantinnen. Die ZGF engagiert sich hier in dem im Berichtszeitraum gegründeten Interkulturellen Gesundheitsnetzwerk Bremen mit derzeit circa 50 Institutionen. Des Weiteren möchte der Ausschuss erwähnen, dass auf Initiative der ZGF umstrittene, diskriminierende Plakate der Michael-Stich-Stiftung als Anzeigen-Kampagne zur Gefahr der Übertragung von HIV beim Stillen entfernt wurden.

Der Ausschuss sieht die Thematik Gewalt gegen Frauen und Mädchen nach wie vor als zentrales gesellschaftliches Problem an. Neben der häuslichen Beziehungsgewalt treten als gravierende Probleme Zwangsheirat, Menschenhan-

del/Zwangsprostitution und „Ehrenmord“ auf. Instrumente der polizeilichen Wegweisung und des Gewaltschutzgesetzes greifen zwar zunehmend, jedoch steigen die Zahlen der Gewaltdelikte, diese lassen allerdings auf eine erhöhte Sensibilität in der Bevölkerung schließen und auch darauf, dass Betroffene mehr Mut besitzen, sich zu wehren.

Nach mehreren Debatten im Gleichstellungsausschuss konnte das Sportamt überzeugt werden, 2009 erstmals eine Gender-Bilanz zu erstellen. Die ZGF wird diesen Prozess weiter begleiten.

Deutliche Kritik hat hingegen der Ausschuss an der Tourismuskonzeption 2015 für das Land Bremen des Senators für Wirtschaft und Häfen, denn darin sind Frauen als Zielgruppe nicht berücksichtigt. Bremen könnte hier frauenspezifisch deutlich offensiver bewerben.

Erfreut beurteilt der Ausschuss die rege Öffentlichkeits- und Informationsarbeit sowie die zahlreichen Veranstaltungen der ZGF. Hervorzuheben sind unter anderem die kritischen Aktionen in Bezug auf unzureichendem Zugang und die Positionen von Frauen in Führungsebenen oder in repräsentative Institutionen wie das Schaffermahl, das auch im Berichtszeitraum frauenfrei blieb. Mit dem Projekt „20 Jahre Mauerfall“ gelang der ZGF ein umfangreicher Austausch von Frauen von Ost und West in Kooperation mit der Gleichstellungsbeauftragten in Rostock und der Europäischen Akademie Mecklenburg-Vorpommern. Wie in jedem Jahr darf auch auf den Internationalen Frauentag am 8. März sowie in Bremerhaven auf die Frauenwoche mit zahlreichen Aktionen hingewiesen werden.

Der Ausschuss sieht es weiterhin als Kernaufgabe der ZGF an, auf bestehende Ungleichheiten und strukturelle Verursachungsfaktoren, die zur Benachteiligung von Frauen führen, hinzuweisen und auf ihre Beseitigung hinzuwirken.

Als zentrale Themen waren im Ausschuss in der Diskussion unter anderem die barrierefreie gynäkologische Ambulanz, die Zielförderung von Frauen, die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen – hier sieht der Ausschuss die gesetzten Ziele als noch nicht erreicht an (hier wird nochmals darauf hingewiesen, dass es sich um einen Bericht für das Jahr 2009 handelt) –, der Bereich Gesundheit und mobilitätsbehinderte Frauen, die Studie zur Verbreitung des Stillens, des Weiteren die Themen Frauenbelange in den Stadtteilkonferenzen in Bremerhaven, Frauenförderung im öffentlichen Dienst, Armut von Frauen, Umsetzung der Frauenförderung und die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes in Bezug auf die Besetzung von Gremien. Einen besonderen Schwerpunkt nahm die Umstrukturierung der Erzieherinnenausbildung ein. Hier wird aus Sicht des Ausschusses die Position der ZGF nicht deutlich genug, und ihre Darstellung im Bericht wird als nicht angemessen beurteilt. Der Ausschuss hält es für wichtig und vertritt die Auffassung, dass es sinnvoll sei, den Beruf der Erzieherin nicht wie zurzeit angesiedelt als Weiterbildung, sondern als Erstausbildung zu implementieren.

Fazit: Der Ausschuss wünscht sich in Teilen ein etwas kritischeres Verfahren und offensiveres Umgehen der ZGF. Im Übrigen ist der Ausschuss der Meinung, dass für die Umsetzung des Gender-Mainstreaming nach wie vor viele Maßnahmen zu ergreifen bleiben.

## **II. Antrag**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau bei.

Ursula Arnold-Cramer  
(Vorsitzende)